



Arbeitskreis  
Religionsfreiheit – Menschenrechte –  
Verfolgte Christen  
Deutsche Evangelische Allianz



# AKREF-Nachrichten vom 02.02.2024 bis 09.02.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen  
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch ( [redaktion@akref.de](mailto:redaktion@akref.de) )

## Inhaltsverzeichnis

|  |    |
|--|----|
| Besetzte Ukraine: Verschwundene griechisch-katholische Priester in russischen Untersuchungsgefängnissen?                             | 3  |
| Chile: Wie indigene Konflikte Christen ins Visier nehmen   | 4  |
| Deutschland: Khorchide kritisiert Tabuisierung von Islamkritik   | 6  |
| Deutschland: Prof. Wolffsohn – "Die Juden werden Deutschland verlassen"  | 7  |
| Großbritannien: Christlicher Professor wegen seiner Überzeugungen zur biblischen Ehe entlassen                                       | 8  |
| Indien: World Vision darf kein Geld mehr aus dem Ausland erhalten  | 9  |
| Iran: Brüder werden nach Artikel 500 wegen "Propaganda" angeklagt  | 10 |
| Iran: Gefangener des Monats Februar  | 11 |
| Iran: Konvertit seit Heiligabend eingesperrt   | 12 |
| Israel: ICEJ betont „Der Krieg gegen Israel betrifft uns alle“   | 13 |
| Israel: „Mit Füßen getreten?“  | 14 |
| Kanada: Parlament verurteilt Regierungspapier, das Weihnachten und Ostern als "systemische Diskriminierung" bezeichnet               | 15 |
| Kenia: Sektenführer in Kenia wegen Tod von 191 Kindern angeklagt   | 16 |
| Nepal: Pastor muss für ein Jahr ins Gefängnis  | 17 |
| Nigeria: Bischof bezeichnet Verfolgung in Nigeria als Völkermord an Christen   | 18 |
| Pakistan: Muslimische Bewaffnete töten 14-jährigen Christen. Polizei bleibt passiv.  | 20 |
| Pakistan: Zwei Christinnen angegriffen. Polizei wiegelt ab.  | 21 |
| Palästinensergebiete: Verdacht auf Beteiligung am Hamas-Massaker–UNRWA entlässt Mitarbeiter  | 22 |
| Russland: Strafverfahren gegen Erzbischof einer unabhängigen orthodoxen Kirche wegen wiederholter „Diskreditierung“ der Streitkräfte | 24 |
| Sudan: Bedrohtes Ehepaar in Sicherheit   | 25 |
| Türkei: Pläne, eine weitere ikonische byzantinische Stätte in eine Moschee umzuwandeln   | 26 |
| Türkei: Verdächtige nach Anschlag auf eine Kirche festgenommen   | 27 |
| Weltweit: Globale Trends im Christentum  | 28 |

# Besetzte Ukraine: Verschwundene griechisch-katholische Priester in russischen Untersuchungsgefängnissen?

AKREF-A/03.02.24 - Einer der beiden griechisch-katholischen Priester, die im November 2022 in der ukrainischen Stadt Berdjansk von der russischen Besatzungsmacht festgenommen wurden, dürfte illegal nach Russland verlegt worden sein. Ivan Levytsky wird laut Auskunft einer Menschenrechtsgruppe aus Kharkiv in der Region Rostov in Russland festgehalten. Bohdan Heleta ist im Untersuchungsgefängnis von Simferopol auf der russisch besetzten Krim in Haft. Beiden Priestern dürfte eine Anklage nach russischem Strafrecht im Zusammenhang mit Waffen und Sprengstoff drohen, die angeblich von der russischen Besatzungsmacht in der Kirche in Berdjansk gefunden wurden, wo die beiden Priester dienten. Den Verwandten der Priester und Kirchenmitgliedern wird seit November 2022 der Kontakt mit ihnen verweigert.

Am 8. November schrieben drei UN Sonderberichterstatter an die russischen Behörden und brachten ihre Besorgnis über das angebliche zwangsweise Verschwinden und die Folterung oder Misshandlung von Klerikern in den besetzten Gebieten unter Verletzung internationaler Menschenrechtsnormen zum Ausdruck. Am 21. November antworteten die russischen Behörden, dass alle in einer für die Behörden und die Bevölkerung der Russischen Föderation verletzenden Art formulierten Aufforderungen unter Verwendung einer Sprache, die nicht mit dem Prinzip des Respekts für die Verfassung der Russischen Föderation und die territoriale Integrität Russland in Einklang steht, nicht beantwortet würden.

Positiv zu vermerken ist, dass die russischen Behörden im Januar zwei Pfingstgemeinden in den russisch besetzten Teilen der Region Lugansk nach russischem Recht registrierten. Damit wurde zum ersten Mal seit der Errichtung der sogenannten Volksrepublik Lugansk 2014 eine protestantische Kirche registriert.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 2. Februar 2024).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

# Chile: Wie indigene Konflikte Christen ins Visier nehmen

**Zu den Angriffen des Mapuche-Volkes auf die Regierung und Umweltunternehmen gehören auch die Brandstiftung zahlreicher Kirchen**

IIRF-D/CT/Tübingen/08.02.24 – Mit einem Beitrag von [ISRAEL VICHES](#) hat Christianity Today über gezielte Angriffe auf Kirchen in Chile. Wir bringen hier Auszüge:

Letzte Woche machte die argentinische Regierung [ein Feuer](#), das mehr als 7.000 Hektar eines Nationalparks in Patagonien vernichtet hat, eine bewaffnete indigene Gruppe, die als Resistencia Ancestral Mapuche (RAM) bekannt ist, für die Brandstiftung verantwortlich.

Die Mapuche, eine indigene Gemeinschaft, die seit Generationen in einem Gebiet lebt, das heute zu Argentinien und Chile gehört, liegen seit langem im Konflikt mit Regierungen und Unternehmen, oft wegen Landrechten, Umweltbedenken und der Angst vor Zwangsassimilation.

Obwohl es auch Mapuche-Christen gibt, greifen Mitglieder von Gruppen wie Weichán Auca Mapu (WAM) und Coordinadora Arauco-Malleco (CAM) seit Jahren zahlreiche Kirchen an. Die Zahl der abgepackelten Gotteshäuser erreichte mehr als 80. Die Regierung hat Mühe, die Angreifer zu verhaften und strafrechtlich zu verfolgen.

Aber nach mehreren intensiven Jahren des Terrors scheint sich die Situation langsam zu verbessern. "Wir werden weiterhin Zeugnis für das Evangelium ablegen", sagte Abelino Apeleo, ein anglikanischer Bischof in Araucanía und ebenfalls ein ethnischer Mapuche, im Jahr 2017. "Wir müssen die Lehren Jesu anwenden: vergeben, Barmherzigkeit üben und unsere Feinde lieben. Irgendwann brauchen sie vielleicht unsere Hilfe, und wir werden für sie da sein."

## Erhörte Gebete?

Im Jahr 2016 wurde Elías Fuentealba Zeuge, wie WAM-Mitglieder [die kleine Pfingstgemeinde, die er leitete, in Niágara, einer Stadt im Süden von Araucanía](#), niederbrannten.

"Am Tag der Brandstiftung versammelten wir uns vor der Kirche und beteten: 'Herr, du gibst und du nimmst. Gepriesen sei dein Name'", sagte Fuentealba gegenüber CT. "Als wir mit dem Gebet fertig waren, teilte uns die Polizei mit, dass sie in der Nähe einige des Verbrechens Verdächtige gefasst hätten."

Den fünf Schützen wurde vorgeworfen, Mitglieder der WAM zu sein, die sich zu diesem Zeitpunkt [bereits zu](#) mehreren Brandanschlägen auf katholische und evangelikale Kirchen und Schulen in der Region Araucanía bekannt hatte. Die Angriffe der WAM auf die Kirchen waren oft mit Forderungen verbunden, auf die die meisten Gemeinden jedoch nicht reagieren konnten, wie die Freilassung von Mapuche-Gefangenen oder die Rückgabe von Mapuche-Land, das die chilenische Regierung im 19. Jahrhundert annektiert hatte.

## "Weil es fremd ist"

Abgesehen von einigen wenigen franziskanischen Missionen, die von den Ureinwohnern während der spanischen Periode in diesem Gebiet weitgehend akzeptiert wurden, vermieden die Mapuche die westliche Kolonisierung bis nach der Unabhängigkeit Chiles im Jahr 1818. Als die neue Regierung eine zentralere Kontrolle anstrebte, begann sie, viele indigene gewaltsam zu assimilieren und von ihrem Land zu vertreiben.

Während die Mehrheit der Mapuche in der Vergangenheit zum Katholizismus konvertierte, machen die Evangelikalen heute [35 Prozent der Bevölkerung aus](#), was vor allem den Bemühungen der anglikanischen und methodistischen Missionare des 19. Jahrhunderts zu verdanken ist, die den indigenen Gemeinden Gesundheitsfürsorge, Bildung und das Evangelium brachten. Viele konvertierten auch als Folge der chilenischen Pfingstbewegung in den frühen 1900er Jahren.

Während die meisten Mapuche friedlich unter nicht-indigenen Chilenen leben, haben WAM und CAM verschiedene Proteste gegen Landbesetzungen, Straßenblockaden und Angriffe auf Forstunternehmen angeführt, einschließlich der Verbrennung von Maschinen. Aber im Jahr 2016 wurden Kirchen zu ihren Zielen, die über ihre religiösen Zwecke hinaus oft auch als Schulen, Treffpunkte und Zufluchtsorte für Menschen dienten, die vor Naturkatastrophen flohen. Viele dieser Gemeinden gehörten zu den ärmsten Schichten der ärmsten Region Chiles und wurden von Mapuche selbst betreut.

"Was sie wollen, ist territoriale Kontrolle", sagte Patricio Santibáñez, Präsident des Handelsverbandes von Araucanía, gegenüber CT. "Sie wollen nicht, dass die Kinder zur Schule gehen, also brennen sie die Schulen nieder. Sie wollen nicht, dass die Leute in die Kirche gehen, also brennen sie die Kirchen nieder. Es geht darum, die Bevölkerung in diesem Gebiet zu unterwerfen."

Nach Angaben von Gemeindevertretern spitzten sich viele dieser Spannungen im Jahr 2015 zu, als die Regierung eine Mapuche-Gemeinde gewaltsam vertrieb, die Land eines katholischen Klosters in der Nähe des Budi-Sees besetzt hielt. Als Vergeltung dafür "begannen [die Radikalen] zu sagen: *Wir werden alle Kirchen niederbrennen!*", sagte Fuentealba. "Aber es gibt auch ein tieferes Problem, bei dem evangelikale Christen manchmal als Feinde der traditionellen Mapuche-Kultur angesehen werden."

Christliche Führer verboten Mapuche-Konvertiten oft die Teilnahme an indigenen religiösen Praktiken oder Zeremonien und verurteilten offen kulturelle Aspekte, die ihrer Meinung nach Okkultismus befürworteten oder gegen die Bibel verstießen. Obwohl diese Maßnahmen dazu gedacht waren, neuen Christen zu helfen, in ihrem Glauben zu wachsen, sahen viele Mapuche, die an ihrem traditionellen Glauben festhielten, diese Einschränkungen als Spaltung ihrer Gemeinschaft und als Trennung der Mapuche-Christen von ihrem Erbe.

Für radikale Mapuche-Gruppen sei alles, was von außen komme, eine "Invasion" ihrer Kultur, ihrer Religion und ihres Territoriums, sagte Joel Millanguir, ein Mapuche-Christ, der als anglikanischer Bischof von Araucanía dient.

"Sie sehen das Evangelium als ein Eindringen; Und weil es fremd ist, lehnen sie es ab", sagte er. "Diejenigen, die diese Anschläge verüben, sind eine neue Generation von Mapuche-Führern, die sich der großartigen Arbeit, die die Kirchen in diesem Bereich geleistet haben, nicht bewusst sind."

Diese Polarisierung hat es für Mapuche-Christen schwieriger gemacht, sowohl ihren Glauben zu praktizieren als auch an ihrer Kultur teilzuhaben.

"Die Kirchen haben ihren Sitz auch in Mapuche-Gemeinden, in denen terroristische Gruppen operieren", sagte Stephan Schubert, ein Evangelikaler in der chilenischen Abgeordnetenkammer, dessen Bezirk einen Teil der Araucanía ausmacht. "Dies hat einige der extremsten Gewalttaten eingedämmt, aber es stellt eine Herausforderung für diejenigen dar, die evangelikale Christen sind, weil sie sich nicht an einigen den heidnischen Praktiken der Aufständischen beteiligen."

Aber nicht alle Feindseligkeiten gegenüber Christen seien ungerechtfertigt, sagt Omar Cortés, ein ehemaliger protestantischer Pastor, der jetzt das Nationale Büro für religiöse Angelegenheiten leitet. Christliche Organisationen hätten eine "Bürde der Kolonisierung" und eine "Geschichte der Dämonisierung" der Mapuche-Spiritualität.

"Radikalisierte Gruppen, die mehr Aufmerksamkeit auf ihre Forderungen lenken wollen, greifen Kirchen an", erklärte er.

### "Von Angesicht zu Angesicht"

Santibáñez sieht derzeit eine Parallele zwischen der Situation seines Landes und der anderer Länder Lateinamerikas.

"Ich finde Ähnlichkeiten mit dem, was in Kolumbien passiert ist, mit [der FARC](#). Auch auf der ideologischen Seite ähnelt er dem Extremismus des [Sendero Luminoso](#) in Peru. Aber schließlich vermischt es sich mit dem organisierten Verbrechen, wie Drogenhandel, Holzdiebstahl, Tierhandel und Fahrzeugdiebstahl", sagte Santibáñez. Als Reaktion auf diese Angriffe hat die Bundesregierung in Araucanía den Ausnahmezustand ausgerufen und Soldaten entsandt, um die Hauptstraßen zu bewachen.

Nichtsdestotrotz ist Chile noch nie auf der [World Watch List von Open Doors aufgetaucht](#), in der die wichtigsten Länder aufgeführt sind, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein. Und obwohl die Proteste und die Gewalt in den letzten Jahren insgesamt weitergingen, sind die Angriffe auf Kirchen dank der Vermittlung christlicher Führer weitaus seltener geworden. Der letzte Brandanschlag auf eine Kirche in Araucanía [ereignete sich im August](#) letzten Jahres, als eine Gruppe ein Feuer legte, das zahlreiche Teile einer Stadt zerstörte.

Trotz des allgemeinen Rückgangs der Angriffe "wurden nur sehr wenige Menschen festgenommen und verurteilt", sagte der anglikanische Bischof Millanguir.

Quelle: [https://www.christianitytoday.com/news/2024/january/chile-mapuche-evangelical-protests-arson-fires.html?utm\\_source=CT%20Daily%20Briefing%20Newsletter&utm\\_medium=Newsletter&utm\\_term=921252&utm\\_content=15642&utm\\_campaign=email](https://www.christianitytoday.com/news/2024/january/chile-mapuche-evangelical-protests-arson-fires.html?utm_source=CT%20Daily%20Briefing%20Newsletter&utm_medium=Newsletter&utm_term=921252&utm_content=15642&utm_campaign=email)

# Deutschland: Khorchide kritisiert Tabuisierung von Islamkritik

**Mouhanad Khorchide, Professor für islamische Religionspädagogik will durch faire Kritik „Rechtspopulisten und Islamhassern der Wind aus den Segeln nehmen“**

Düsseldorf/Münster (IDEA) – Der Professor für islamische Religionspädagogik an der Universität Münster, Mouhanad Khorchide, hat sich dagegen ausgesprochen, jede Form von Islamkritik zu tabuisieren. „Es ist kein Zeichen der Toleranz und Anerkennung, wenn man Muslimen abspricht, konstruktiv mit Kritik umgehen zu können“, schrieb er in einem Beitrag für die „Rheinische Post“.

Die Muslime in Deutschland würden oft wohlmeinend als „bemitleidenswerte Opfer“ dargestellt, die man nicht kritisieren dürfe. Angesichts mancher Entwicklungen innerhalb des islamischen Spektrums benötigten sie aber „dringend mutige und kritische Selbstreflexionen“.

Als Beispiel nannte Khorchide Berichte über muslimische Schüler, die sich an Schulen als „Religionspolizei“ aufspielten. „Viele der Lehrkräfte trauen sich aber nicht, sich darüber kritisch zu äußern, aus Angst davor, als Islamkritiker beschimpft zu werden.“ Auch Kirchenvertreter, Politiker und Journalisten übten sich oft in „Selbstzensur“, um sich den Vorwurf zu ersparen, Islamhasser oder Rassist zu sein.

„Diese alarmierende Entwicklung, die jede Form von Kritik tabuisiert, ist das Haupthindernis einer innerislamischen Reform. Darin liegt die eigentliche und langfristige Diskriminierung der Muslime, die sie daran hindert, Probleme und Herausforderungen zu benennen und sich diesen zu stellen“, so Khorchide.

Wer „von außen“ fair und sachlich auf Probleme hinweise, helfe den Muslimen, Missstände zu beseitigen. Dadurch werde auch Rechtspopulisten und Islamhassern der Wind aus den Segeln genommen.

# Deutschland: Prof. Wolffsohn – "Die Juden werden Deutschland verlassen"

Köln (IDEA) – Der jüdische Historiker und Buchautor Prof. Michael Wolffsohn befürchtet einen Exodus der Juden aus Deutschland. Die Zeichen seien „völlig klar“: Verbale und körperliche Gewalt gegen Juden habe in den letzten Jahren dramatisch zugenommen, sagte er in einem Interview mit dem katholischen Medienportal domradio.de (Köln). „Die meisten Straftaten kommen aus dem migrantischen Milieu, religiös-muslimisch motiviert und legitimiert von nichtmuslimischen Akademikereliten“, so Wolffsohn.

In Deutschland gebe es zwei alte und einen neuen Antisemitismus, erläuterte er: „Der alte ist der rechtsextremistische Antisemitismus, der millionenfach tödlich war, der bis heute weiter existiert. Es gibt den linksextremistischen Antisemitismus, der ebenfalls seit dem späten 19. Jahrhundert Tradition hat. Und es gibt den in Europa und Deutschland relativ neuen, islamischen Antisemitismus, der in Bezug auf die Straftaten derzeit der gefährlichste ist.“

Wolffsohn bezeichnete Israel als den einzigen „innenpolitischen Schutzhafen“, den Juden weltweit haben, wenn sie Sicherheit vor Unterdrückung suchten: „Und dieses bisschen Sicherheit sollte die Weltgemeinschaft den Juden endlich einräumen. 2000 Jahre Verfolgung sind genug.“

# Großbritannien: Christlicher Professor wegen seiner Überzeugungen zur biblischen Ehe entlassen

International Christian Concern - Ein Theologieprofessor in Derbyshire, England, ist von einer methodistischen Bibelschule entlassen worden, nachdem er seine religiösen Überzeugungen in den sozialen Medien geteilt hatte. Dr. Aaron Edwards, der sieben Jahre lang am Cliff College tätig war, wurde entlassen, weil er die methodistische Kirche und ihre nachgiebige Haltung zur biblischen Ehe öffentlich kritisiert hatte. Edwards Arbeitgeber hatte ihn beschuldigt, "das College in Verruf zu bringen".

Anfang dieses Jahres teilte Edwards auf X (früher Twitter) mit, dass "Homosexualität in die Kirche eindringt. Die Evangelikalen sehen nicht mehr, wie schwerwiegend das ist, weil sie damit beschäftigt sind, sich für ihre scheinbar grausame Homophobie zu entschuldigen, unabhängig davon, ob sie wahr ist oder nicht. Dies ist übrigens eine Frage des Evangeliums. Wenn die Sünde keine Sünde mehr ist, brauchen wir auch keinen Retter mehr."

Edwards Tweet wurde von mehreren Menschenrechtsgruppen zurückgewiesen, woraufhin sich die Hochschulleitung einschaltete. Das Cliff College veröffentlichte eine Erklärung, in der es den Beitrag als "inakzeptabel" und "unangemessen" bezeichnete und den Professor aufforderte, den Tweet zu entfernen.

Edwards weigerte sich, den Beitrag zu löschen, mit der Begründung, dass dies gegen sein Gewissen verstoßen würde. Er wies außerdem darauf hin, dass der Beitrag keine bestimmte Person verleumdete und daher nicht gegen die Richtlinien der Schule für soziale Medien verstieß.

Trotz seiner aufrichtigen Bemühungen leitete die Schule eine Untersuchung ein, die zur Suspendierung und anschließenden Entlassung des Professors führte. Während der Untersuchung behauptete Edwards, dass Schulfunktionäre ihm gedroht hätten, ihn an die britische Regierungsstelle für Terrorismusbekämpfung und Hassreden zu verweisen. Edwards verklagt das Cliff College auf ungerechtfertigte Entlassung und Entschädigung gemäß dem englischen Gleichstellungsgesetz.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF



# Indien: World Vision darf kein Geld mehr aus dem Ausland erhalten

**Im Laufe der Jahre hat die Arbeit von World Vision nach eigenen Angaben 2,6 Millionen Kinder in Indien erreicht.**

Chennai (IDEA) – Die christliche Hilfsorganisation World Vision Indien (Chennai) darf künftig keine Gelder mehr aus dem Ausland annehmen. Die indische Regierung hat ihr dazu die entsprechende Lizenz entzogen. Das bestätigte World Vision Deutschland gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA.

Das Werk förderte den indischen Zweig, eines der größten christlichen Hilfswerke im Land, in den vergangenen Jahren. Wie Pressesprecherin Iris Manner (Friedrichsdorf bei Frankfurt am Main) erklärte, hat die indische Regierung die Lizenz von World Vision Indien bereits im November 2022 ausgesetzt, so dass keine ausländischen Gelder auf deren Konten mehr eingehen konnten. Nun ist dies auch für die kommenden drei Jahre nicht möglich.

„Das wird in den kommenden Jahren erhebliche Auswirkungen für viele bedürftige Menschen im ganzen Land haben“, befürchtet Manner. Man sei untröstlich darüber, die Unterstützung für schutzbedürftige Kinder, Familien und Gemeinschaften, deren Entwicklungschancen man seit vielen Jahre gefördert habe, beenden zu müssen.

Gleichzeitig hob Manner aber hervor, dass World Vision Indien weiter vor Ort arbeiten dürfe. Die Organisation müsse aber künftig ausschließlich mit Spendengeldern aus dem eigenen Land arbeiten. Gründe für den Lizenzentzug seien nicht genannt worden. Im Laufe der Jahre hat die Arbeit von World Vision nach eigenen Angaben 2,6 Millionen Kinder in Indien erreicht.

Der indische Zweig arbeitet seit 70 Jahren im Land und finanziert seine Arbeit aktuell mit Hilfe von mehr als 28.000 indischen Paten, Geschäftspartnern, Kinderhilfswerken und Regierungsstellen. World Vision Deutschland unterstützte zuletzt acht Projekte, die rund 253.000 Menschen zugute kamen. Es handelte sich dabei größtenteils um Projekte der Entwicklungszusammenarbeit und der Kinderförderung.

Mehr als 16.000 Organisationen seit 2014 betroffen

Zuvor hatten bereits andere christliche Organisationen die Erlaubnis verloren, Geld aus dem Ausland zu erhalten. Die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International sieht darin insbesondere eine [Einschüchterungstaktik](#) der regierenden hindu-nationalistischen Partei BJP unter Premierminister Narendra Modi. Andere Kritiker sprechen von einer regelrechten Kampagne gegen christliche Werke.

Nach Angaben der katholischen Nachrichtenplattform „UCA News“ haben seit dem Amtsantritt im Jahr 2014 mehr als 16.000 Nichtregierungsorganisationen ihre Lizenzen zum Empfang von ausländischen Geldern verloren. Für nicht wenige endete damit ihre Arbeit in Indien.

Unter den betroffenen Organisationen war unter anderem auch das christliche Kinderhilfswerk „[Compassion](#)“ (Mitgefühl). Weil das Werk 2017 keine erneute Lizenz für Gelder aus Drittländern erhielt, musste es seine Arbeit nach 49 Jahren in Indien einstellen.

# Iran: Brüder werden nach Artikel 500 wegen "Propaganda" angeklagt

IIRF-D/Artikel18/Tübingen/08.02.24 - Zwei Brüder, die vor Weihnachten verhaftet und einen Monat lang inhaftiert wurden ( [wir berichteten](#) ), wurden wegen "abweichender Bildungs- oder Propagandaaktivitäten angeklagt, die gegen das heilige islamische Gesetz verstoßen, indem sie falsche Behauptungen in religiösen Bereichen aufstellen".

Alireza und Amir [Nourmohammadi wurden](#) am 11. Dezember in Karadsch in der Nähe von Teheran verhaftet, zusammen mit Milad Goodarzi ([wir berichteten](#)), einem Mitglied der Hauskirche, sowie Alirezas Sohn, obwohl die Identität der Familie Nourmohammadi zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt gegeben wurde.

Der Sohn von Alireza wurde noch am selben Tag gegen Kaution freigelassen, aber die beiden Brüder blieben bis zu ihrer Freilassung gegen Kaution am 10. Januar in Haft, als sie jeweils etwa 3.000 Dollar zahlen mussten.

In der Zwischenzeit wurden mehrere andere Familien, die mit derselben Hauskirche in Verbindung standen, vorgeladen und über ihren Glauben und ihre religiösen Aktivitäten verhört.

Alireza und Amir wurden nach dem umstrittenen geänderten Artikel 500 des islamischen Strafgesetzbuches angeklagt, das zweite Mal, dass Alireza nach dem neuen Gesetz angeklagt wurde, nachdem er erst [im März letzten Jahres nach 16 Monaten im Zentralgefängnis von Karaj wegen ähnlicher Vorwürfe freigelassen](#) worden war.

Alireza verbüßte diese 16 Monate zusammen mit Milad und einem anderen Mitglied der Hauskirche, Amin Khaki, die alle zuvor einige Zeit im Gefängnis verbracht hatten, nachdem sie wegen ["Propaganda gegen den Staat" angeklagt worden waren](#) .

Im Jahr 2021, nach der Einführung des neuen Artikels 500, wurden Alireza, Milad und Amin zum ersten bekannten Beispiel für Hauskirchenmitglieder, [die im Rahmen der Änderungen](#) angeklagt und später verurteilt wurden, die [von einer NGO, die sich auf die Meinungsfreiheit konzentrierte, als "vollständiger Angriff auf das Recht auf Religions- und Glaubensfreiheit"](#) bezeichnet wurden.

Der Direktor von Article18, Mansour Borji, warnte unterdessen, dass die Änderungen "mehr Unklarheit in eine bereits mehrdeutige Reihe von Anklagen bringen würden ... und die Wahrscheinlichkeit verringern, dass ein Richter toleranter gegenüber Hauskirchenmitgliedern handelt, indem er innerhalb des Gesetzes einen größeren Spielraum für die Erhebung von Anklagen aus diesen vage definierten Gründen einräumt."

Quelle: <https://articleeighteen.com/news/14432/>

# Iran: Gefangener des Monats Februar

ist der iranische Christ Ismail Narimanpour



Der iranische Christ Ismail Narimanpour. Foto: IGFM

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Als „Gefangenen des Monats Februar 2024“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den iranischen Christen Ismail Narimanpour benannt. Sie rufen dazu auf, sich für seine Freilassung einzusetzen. Verbunden ist damit auch die Bitte, für ihn zu beten.

Er gehört zur Freikirche „Payram-e-Rahai“ (Botschaft der Freiheit). Mitarbeiter eines iranischen Geheimdienstes nahmen den ehemaligen Muslim an Heiligabend 2023 in der Stadt Dezful (Provinz Chuzesta) fest. Narimanpour war bereits im Jahr 2021 wegen angeblicher „Propaganda gegen das Regime“ eingesperrt und dabei misshandelt worden.

Geheimdienstmitarbeiter durchsuchten bei der Festnahme im Dezember die Wohnung des Konvertiten und beschlagnahmten seinen Computer und ein Mobiltelefon. Als sich seine Frau und sein Bruder noch am selben Tag bei den Sicherheitskräften über den Verbleib Narimanpours erkundigten, wurden sie zunächst ebenfalls festgenommen und erst nach mehrstündigen Verhören freigelassen.

Bislang ist noch nicht klar, was die iranischen Behörden ihm vorwerfen. Der Iran hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, der Religionsfreiheit beinhaltet. IGFM und IDEA rufen dazu auf, den iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi um die sofortige und bedingungslose Freilassung des Gefangenen zu bitten.

[Musterbrief](#)

[Musterbrief Englisch](#)

# Iran: Konvertit seit Heiligabend eingesperrt

Gefangener des Monats Februar



Ismail Narimanpour; Foto: „Article 18“

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Als „Gefangenen des Monats Februar 2024“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den iranischen Christen Ismail Narimanpour benannt. Sie rufen dazu auf, sich für seine Freilassung einzusetzen. Verbunden ist damit auch die Bitte, für ihn zu beten.

Er gehört zur Freikirche „Payram-e-Rahai“ (Botschaft der Freiheit). Mitarbeiter eines iranischen Geheimdienstes nahmen den ehemaligen Muslim an Heiligabend 2023 in der Stadt Dezful (Provinz Chuzesta) fest ([wir berichteten](#)). Narimanpour war bereits im Jahr 2021 wegen angeblicher „Propaganda gegen das Regime“ eingesperrt und dabei misshandelt worden.

Geheimdienstmitarbeiter durchsuchten bei der Festnahme im Dezember die Wohnung des Konvertiten und beschlagnahmten seinen Computer und ein Mobiltelefon. Als sich seine Frau und sein Bruder noch am selben Tag bei den Sicherheitskräften über den Verbleib Narimanpours erkundigten, wurden sie zunächst ebenfalls festgenommen und erst nach mehrstündigen Verhören freigelassen.

Bislang ist noch nicht klar, was die iranischen Behörden ihm vorwerfen. Der Iran hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ratifiziert, der Religionsfreiheit beinhaltet. IGFM und IDEA rufen dazu auf, den iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi um die sofortige und bedingungslose Freilassung des Gefangenen zu bitten.

# Israel: ICEJ betont „Der Krieg gegen Israel betrifft uns alle“

Stuttgart (IDEA) – Seit der Internationale Holocaustgedenktag (27. Januar) im Jahr 2005 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen worden ist, sind die Worte „Nie wieder!“ zur Parole dieser Veranstaltung geworden. Doch beim [Angriff](#) der Terrormiliz Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ist dieses „Nie wieder!“ gebrochen worden.

Darauf hat der Vorsitzende des Deutschen Zweigs der Internationalen Christlichen Botschaft Jerusalem (ICEJ), Gottfried Bühler (Stuttgart), am 28. Januar in Stuttgart hingewiesen. Er sprach bei einer Veranstaltung zum Holocaustgedenktag. Dazu waren rund 400 Besucher in das Neue Schloss in Stuttgart gekommen; mehr als 100 weitere Interessierte hatten sich auf eine Warteliste setzen lassen.

Zuvor hatten rund 300 Menschen an einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer der NS-Zeit teilgenommen. An der Veranstaltung nahmen auch Ehrengäste aus Israel teil, darunter die Holocaustüberlebende Fanny Ben-Ami. In den Tagen zuvor hatte die 93-Jährige auf Einladung der ICEJ als Zeitzeugin vor über 3.000 Schülern in Stuttgart und Baden-Baden gesprochen und aus ihrem Leben berichtet.

Bühler führte weiter aus, dass die Welt am 7. Oktober „Zeuge der Manifestation des schlimmsten Judenhasses seit der Shoa“ geworden sei. Wieder einmal sei Israel in einen Krieg hineingezogen worden. „Aber diesmal betrifft es uns alle“, mahnte der ICEJ-Vorsitzende. „Denn Zehntausende solidarisieren sich seither in aller Welt öffentlich mit der Terrorbande Hamas und zeigen unverhohlen ihren Hass auf Israel und Juden – auch in unserem Land.“

# Israel: „Mit Füßen getreten?“

**(idea)** Die Medien in Deutschland berichten immer wieder über Anfeindungen gegen Christen in Jerusalem. Dabei entspricht das Bild, das sie zeichnen, nicht immer der Wirklichkeit. Aus Israel berichtet Valentin Schmid.

Eine Freikirche in Jerusalem. Der Pastor parkt sein Auto nicht auf, sondern neben dem Parkplatz. Jemand hat den Boden mit Schrauben präpariert, wollte so die Reifen zerstechen. „Das ist ihre Art, uns zu sagen, dass sie uns nicht mögen“, meint der Pastor.

Dass die Stimmung gegenüber Christen rauer wird, merkten vor allem seine Kinder, die manchmal Beleidigungen jüdischer Mitschüler über sich ergehen lassen müssen. Doch von Christenverfolgung möchte er nicht sprechen. Im Vergleich zu anderen Ländern gehe es Christen in Israel super.

In deutschen Medien fällt die Einschätzung oft anders aus. „Verfolgte Christen in Jerusalem“ hieß zum Beispiel ein Beitrag des ARD-Magazins „Weltspiegel“, der am 1. Oktober 2023 gesendet wurde und noch im Internet [abrufbar](#) ist. Dort war ein Benediktinermönch in schwarzer Kutte zu sehen.

„Er möchte zum Aussichtspunkt vor der Klagemauer“, hieß es, als ihm ein orthodoxer Jude vor die Füße spuckt. Dann wurden Vorwürfe gegen Israels religiöse Regierung laut. Es fielen Begriffe wie „Enteignung“ und „Vertreibung“.

Dass manche Juden nichts mit Christen zu tun haben möchten, ist unschön, Spuckattacken hässlich. Erst am 3. Februar wurde wieder ein 17-Jähriger Jude festgenommen, der den Abt der Jerusalemer Benediktinerabtei, Nikodemus Schnabel, vor laufender Kamera angespuckt hatte.

## Israel im Zerrbild

Trotzdem liefert der ARD-Film ein verzerrtes Bild von Israel. Das wird am besten in der Schlusssequenz deutlich: „Für radikale Juden sind Kreuze eine Schande. Und für sie liegt genau hier auf dem Berg Zion das Grab des jüdischen Königs David.“

Durch das Gebüsch filmt die Kamera einen Mann. „Und tatsächlich betet an diesem Tag ein jüdischer Soldat an der Mauer des katholischen Friedhofs zu seinem jüdischen König. Das christliche Erbe der Benediktiner tritt er dabei mit Füßen.“

Das wirft Fragen auf: Müssen Juden Kreuze toll finden? Hat sich der Reporter wirklich mit dem Thema befasst, wenn er meint, Juden würden König David anbeten? Trat auch der Papst jüdisches Erbe mit Füßen, als er 2014 an der Klagemauer ein christliches Gebet sprach?

Wenn es der ARD wirklich um Christenverfolgung ginge, gäbe es aus jedem anderen Land des Nahen Ostens mehr zu berichten als aus Israel. Und wenn es wirklich um Religionsfreiheit ginge, sollte sie erstmal zeigen, wie gut man mit Kippa durch Berlin laufen kann – und danach, wie es sich mit Mönchskutte in Jerusalem anfühlt. Das galt auch schon vor dem 7. Oktober.

*(Der Autor, Valentin Schmid, ist freier IDEA-Mitarbeiter und hat bis Anfang Februar 2024 an der Hebräischen Universität Jerusalem studiert. Dies ist die letzte Folge seiner IDEA-Kolumne „Reise nach Jerusalem“.)*

# Kanada: Parlament verurteilt Regierungspapier, das Weihnachten und Ostern als "systemische Diskriminierung" bezeichnet

International Christian Concern - Das kanadische Unterhaus hat einstimmig einen Regierungsbericht verurteilt, in dem die christlichen Feiertage Weihnachten und Ostern als Beispiele für "systemische religiöse Diskriminierung" bezeichnet werden. Der Bericht, der von der Kanadischen Menschenrechtskommission (CHRC) veröffentlicht wurde, bezeichnete die traditionellen christlichen Feiertage als diskriminierend, da sie die einzigen religiösen Feiertage sind, die in Kanada als staatliche Feiertage anerkannt werden.

Das Unterhaus verabschiedete als Reaktion auf den Bericht einstimmig einen Antrag, in dem es "alle Versuche, Ereignisse zu polarisieren, die seit Generationen Teil des québecischen und kanadischen Erbes sind, und alle Québecer und Kanadier auffordert, sich in der bevorstehenden Weihnachtszeit zu vereinen."

Auf die Frage von Abgeordneten, wie die Regierung zu Weihnachten stehe, antwortete Premierminister Justin Trudeau: "Ich freue mich sehr, aufzustehen und zu versuchen, eine völlig lächerliche Frage zu beantworten. Natürlich ist Weihnachten nicht rassistisch. Dies ist ein Land der Vielfalt. Ein Land, das nicht nur unsere persönlichen, individuellen Überzeugungen feiert, sondern wir teilen und feiern auch die Ereignisse unserer Nachbarn."

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

# Kenia Sektenführer in Kenia wegen Tod von 191 Kindern angeklagt

**Er soll fast 200 Menschen in den Hungertod getrieben haben, mit dem Versprechen, Jesus zu treffen: Jetzt wurde gegen kenianischer Sektenführer Anklage erhoben.**

(pro magazin) Wegen der Ermordung von 191 Kindern ist in Kenia der Sektenführer Paul Mackenzie zusammen mit 29 weiteren Verdächtigen angeklagt worden. Alle hätten die Vorwürfe vor dem Hohen Gericht in der Hafenstadt Malindi bestritten, berichtete der kenianische Sender Capital FM am Dienstag. Mackenzie, der wie viele seiner Anhänger seit April in Haft ist, ist bereits wegen weiterer Morde und wegen Terrorismus angeklagt.

Der selbst ernannte Pastor soll Mitglieder seiner Sekte überzeugt haben, sich zu Tode zu hungern, um in den Himmel zu kommen, bevor die Welt untergeht. Im April waren im Wald in Shakahola, in dem Mackenzie mit seinen Anhängerinnen und Anhängern lebte, Leichen gefunden worden. Der Fall hatte international für Schlagzeilen gesorgt. Inzwischen sind in dem Gebiet in der Küstenregion im Osten des Landes mehr als 400 Leichen exhumiert worden, darunter viele Kinder.

Capital FM zufolge sah Mackenzies Plan drei Phasen vor: Erst sollten sich die Kinder zu Tode hungern, dann Frauen und junge Männer und zuletzt alle anderen Männer. Die Mitglieder der Sekte durften ihre Kinder nicht zu Schule schicken oder sich medizinisch versorgen lassen.

## **Anklage wegen Terrorismus**

Im Januar war der Sektenführer mit 94 Anhängern vor einem Gericht in der Hafenstadt Mombasa wegen Terrorismus angeklagt worden. Davor war bereits ein Prozess gegen ihn und 30 weitere Angeklagte in Malindi wegen Mordes in 191 Fällen eröffnet worden. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ordnete die Richterin zunächst eine psychologische Untersuchung der Angeklagten an.

Mackenzie war bereits in den vergangenen Jahren mehrfach, unter anderem wegen falscher Lehren, angezeigt worden. Wegen Mangel an Beweisen wurde er jedoch stets wieder freigelassen. Laut Capital FM steht ein Urteil in einem Verfahren von 2019 wegen des Todes von Kindern noch aus.



# Nepal: Pastor muss für ein Jahr ins Gefängnis

Kathmandu (IDEA) – Der nepalesische Pastor Keshab Acharya (Pokhara/Provinz Gandaki) muss eine einjährige Haftstrafe antreten. Eine Berufung dagegen hat der Oberste Gerichtshof Nepals am 23. Januar abgelehnt. Er hatte Flugblätter mit Passagen aus dem Neuen Testament verteilt und für Kranke gebetet.

Wie die bei seiner Verteidigung einbezogene Menschenrechtsorganisation ADF International (Wien) berichtet, hatte Acharya am 23. März 2020 einen Anruf von einem Mann erhalten, der um Gebet für seine kranke Frau bat. Als der junge Pastor den Anrufer in sein Haus einlud, kamen vier Polizeibeamte, um Acharya zu verhaften.

Am 8. April 2020 sei der Pastor zwar freigelassen worden, jedoch kurz darauf erneut verhaftet worden. Der Staatsanwaltschaft wirft ihm die gesetzlich verbotene Bekehrung von Nepalesen und „Verletzung religiöser Gefühle“ vor.

Das Bezirksgericht von Dolpa verurteilte Acharya im November 2021 dafür zu zwei Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von umgerechnet 138 Euro. Am 13. Juli 2022 reduzierte das Oberste Gericht von Jumla die Strafe auf ein Jahr Haft.

Laut ADF muss der Pastor nun diese Haftstrafe antreten. Er habe jedoch einen Antrag auf Umwandlung der Haft- in eine Geldstrafe eingereicht, um dem Gefängnis zu entgehen. Gegenüber ADF sagte der Christ: „Auch wenn die Aussicht auf weitere Haftstrafen erschütternd ist, finde ich Trost in Gott und glaube, dass durch ihn alles möglich ist.“

Er rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, sich bei der nepalesischen Regierung für den Schutz der Religionsfreiheit einzusetzen. Gleichzeitig dankte er allen Betern.

## *Weitere Vorwürfe fallengelassen*

Es sind nicht die einzigen Vorwürfe, die gegen den Pastor erhoben wurden. Die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hatten Acharya 2020 zum „Gefangenen des Monats Juli“ benannt. Damals warf die Polizei ihm „Irreführung der Öffentlichkeit“ vor, weil er ein Heilungsgebet gegen das Coronavirus im Internet veröffentlicht hatte.

Wie der Pressesprecher von ADF International, Ludwig Brühl, auf Nachfrage von IDEA erklärte, sind diese Vorwürfe aber mittlerweile fallengelassen worden.

Bis 2006 war der Hinduismus in Nepal Staatsreligion. Laut jetziger Verfassung ist das im Himalaya gelegene Land ein säkularer Staat. Wie in Indien ist aber ein Religionswechsel gesetzlich verboten. Damit soll vor allem eine Abkehr vom Hinduismus verhindert werden.

Von den rund 30 Millionen Einwohnern des Himalaya-Staates sind etwa 66 Prozent Hindus, rund 13 Prozent Anhänger von Ethno-Religionen, zwölf Prozent Buddhisten und jeweils vier Prozent Christen und Muslime.

# Nigeria: Bischof bezeichnet Verfolgung in Nigeria als Völkermord an Christen

Bischof Anagbe von Makurdi warnte, dass die christliche Bevölkerung, die derzeit über 86 Millionen Menschen zählt, etwa die Hälfte der nigerianischen Gesamtbevölkerung, in den nächsten Jahrzehnten vollständig verschwinden könnte

IIRF-D/NCR/Tübingen/08.02.2024 – Das Portal National Catholic Register hat einen Beitrag veröffentlicht, in dem der nigerianische Bischof Wilfred Anagbe über die zunehmende Verfolgung von Christen in Nigeria berichtete. Er beschuldigte die Mitglieder der dortigen Regierung, sich an dem zu beteiligen, was er als "Völkermord an Christen" und die Auslöschung der christlichen Präsenz im dem Land bezeichnete.

Bischof Anagbe, der die Diözese Makurdi leitet, warnte, dass die christliche Bevölkerung, die derzeit über 86 Millionen Menschen zählt, [etwa die Hälfte der nigerianischen Gesamtbevölkerung](#), in den nächsten Jahrzehnten vollständig verschwinden könnte, wenn keine größeren Maßnahmen ergriffen werden.

Obwohl die christliche Bevölkerung Nigerias riesig ist und dafür bekannt ist, [einige der hingebungsvollsten Gläubigen der Welt zu haben](#), sagte Bischof Anagbe, dass die christliche Präsenz in Nigeria von radikalen Islamisten "allmählich und systematisch" durch "Tötungen, Entführungen, Folter und das Niederbrennen von Kirchen" reduziert wird.

Allein in den letzten zehn Jahren, seit er die Leitung seiner Diözese im zentralen nigerianischen Bundesstaat Benue übernommen hat, hat der Bischof 160 Kirchen durch Angriffe der radikal muslimischen Fulani.

In Washington warnten zwei Zeugen der Christenverfolgung in Nigeria, S.E. Bischof Wilfred Anagbe und Pater Remigius Ihyulu von der Diözese Makurdi im Bundesstaat Benue davor, dass islamistische Extremisten Völkermord an Christen in Nigeria begehen. [pic.twitter.com/mxdWTiwYo](https://pic.twitter.com/mxdWTiwYo)

Bischof Anagbe sagte, dass er während seiner Zeit als Hirte von Makurdi seine Herde immer wieder nach einem Angriff trösten musste. Massaker wie der [Anschlag am Karfreitag im April 2023](#), bei dem 43 Katholiken in einer Grundschule getötet wurden, seien in seiner Diözese alltäglich geworden, sagte er, eine ständige Realität, die die Gläubigen immer wieder erschüttert.

Die Diözese Makurdi ist nicht die einzige, die unter diesen Angriffen leidet. Erst im Dezember wurden vom 23. bis 25. Dezember mehr als 200 nigerianische Christen bei einer Serie von [Weihnachtsanschlägen](#) im nahe gelegenen Bundesstaat Plateau getötet.

Im Rahmen seines Vortrags zeigte Bischof Anagbe mehrere Bilder von brutal ermordeten Männern, Frauen, Kindern und Babys, viele mit zerfetzten Körpern oder Köpfen und Gliedmaßen, die Spuren von Machetenhieben aufwiesen, die alle von den Fulani für ihren Glauben den Märtyrertod erlitten haben.

Für diejenigen, die die Anschläge überleben, ist die Situation nicht viel besser. [Schätzungsweise 3 Millionen](#) Binnenvertriebene leben derzeit in riesigen Barackenlagern in ganz Nigeria. Ohne Geld und Mittel, unfähig, in ihre zerstörten Häuser zurückzukehren, aus Angst, getötet zu werden, und ohne einen anderen Ort, an den sie gehen können, leben diese Millionen von Christen unter den ärmlichsten Bedingungen als Flüchtlinge in ihrem eigenen Land, so Bischof Anagbe.

"Wenn du dorthin gehst, wo sie in den Lagern sind, weißt du nicht, was du predigen sollst. Es ist schwierig, sie zu trösten, sie zu unterstützen, ihre Angst zu teilen, und jeden Tag kommen neue Menschen hinzu", sagte er und fügte hinzu, dass die schlechten Bedingungen die Kinder besonders gefährdet machen für Menschenhandel, Kinderarbeit und Organraub.

Obwohl Bischof Anagbe zunächst glaubte, dass die Regierung lediglich "an einer Verschwörung des Schweigens" teilnehme, glaube er nun, dass nigerianische Regierungsbeamte "die Entführer und Mörder konkret unterstützen, ihnen helfen und sie begünstigen". Dies zeige sich auch daran, dass die Regierung keinen einzigen der für die vielen Massaker verantwortlichen Terroristen festgenommen habe.

Das Ergebnis, so Bischof Anagbe, sei, dass die Demografie seiner Diözese allmählich schrumpft".

## Ist die Verfolgung in Nigeria ein Völkermord?

Einige westliche Politiker und Medien gehen davon aus, dass die Krise in Nigeria durch den Klimawandel verursacht wurde, der ihrer Meinung nach nomadische Fulani-Hirten dazu zwingt, mit christlichen Bauern um knappes Land zu kämpfen. Bischof Anagbe verurteilte dieses Narrativ jedoch als "Lügen und Propaganda". Er sagte, dass die Fulani-Terroristen in erster Linie vom Hass auf das Christentum motiviert seien.

Bischof Anagbe sagte gegenüber CNA, dass die Angriffe, bei denen oft Hunderte auf einmal getötet werden, "auf christliche indigene Gruppen in Nigeria abzielen", um "diese Gruppe von Menschen, die den gleichen Glauben haben, aus verschiedenen Orten zu eliminieren". Dies sei die Definition eines religiösen Genozids.

"Ich frage mich immer wieder, wie viele Moscheen im Vergleich zu katholischen Kirchen angegriffen wurden. Wie viele Pastoren und Pfarrer wurden entführt, im Vergleich zu Imamen?"

"Sie tun das systematisch", sagte er. "Wenn du Leute eliminiert, die dir gegenüber nicht konfrontativ sind, die dich nicht provoziert haben, und es keinen Krieg gibt, dann ist das eine Agenda der Ausrottung des Christentums in Nigeria."

#### **US-Bischöfe befassen sich mit der Krise in Nigeria**

Bischof Abdallah Elias Zaidan, Oberhaupt der maronitischen Eparchie Unserer Lieben Frau vom Libanon in Los Angeles, war ebenfalls beim Frühstück mit Anagbe anwesend. Er sagte, die US-Bischöfe seien besorgt über die Verfolgung in Nigeria.

Als Vorsitzender des Internationalen Komitees für Gerechtigkeit und Frieden [der US-Bischöfe](#) sagte Bischof Zaidan gegenüber CNA, dass die Bischöfe die Verfolgung verfolgt hätten, aber dass "es gut war, aus erster Hand von den Menschen vor Ort über die Situation zu hören".

"Man sagt, ein Bild sagt mehr als tausend Worte, und das Bild, das wir gesehen haben, enthüllt viele Dinge, die Gräueltaten, die Schwierigkeiten und Herausforderungen, die unsere Brüder und Schwestern durchleben."

Bischof Zaidan sagte, die Kirche in Nigeria brauche jede Art von Unterstützung, "nicht nur finanzielle, sondern auch politische Unterstützung und auch Solidarität als Kirche".

Obwohl er erwähnte, dass [Catholic Relief Services](#) bereits daran arbeite, das Leid in Nigeria zu lindern, sagte Bischof Zaidan auch, dass die US-Bischöfe auf der Grundlage der Aussagen von Anagbe und anderen Zeugen beurteilen werden, wie sie am besten auf die Krise reagieren können.

"Wir werden zurückgehen und uns das anschauen und studieren und sehen, was der beste Weg ist, wie man mit solchen Situationen umgeht", sagte er.

Quelle: <https://www.ncregister.com/cna/is-the-persecution-in-nigeria-a-christian-genocide-this-bishop-says-yes>

# Pakistan: Muslimische Bewaffnete töten 14-jährigen Christen. Polizei bleibt passiv.

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/08.02.24 - Muslimische Bewaffnete, die Drohungen gegen Christen ausstießen, haben am 5. Februar in Pakistan einen 14-jährigen Christen erschossen, wie Quellen berichten.

Sunil Masih, der die 8. Schulklasse besucht und Sohn von George Masih, der in einem örtlichen Autohaus arbeitet und andere Christen standen am Montagabend auf einem Markt in der Gegend von Mandiala Warraich im Bezirk Gujranwala in der Provinz Punjab, als sechs mit Pistolen bewaffnete muslimische Männer auf Motorrädern ankamen und das Feuer auf sie eröffneten, sagte der Onkel des getöteten Jungen, Mehboob Gill.

"Wir unterhielten uns miteinander, als plötzlich Zaman Butt und seine Komplizen Anas Yaseen, Adil Abdul Rehman, Ashraf Inayat Ullah und zwei nicht identifizierte Männer auf Motorrädern ankamen", sagte Gill. "Adil rief, dass kein Christ in der Gegend am Leben gelassen werden dürfe, woraufhin Zaman mit seiner Pistole das Feuer auf Sunil eröffnete und ihn in die Brust traf.

Yaseen schoss auf einen anderen christlichen Jungen, der als Jamshed identifiziert wurde, wobei die Kugel ihn nur streifte, so Gill.

"Die anderen Angreifer eröffneten ebenfalls mit ihren Waffen das Feuer auf uns, aber wir konnten uns retten, indem wir hinter einer Mauer Schutz suchten", so Gill in seinem ersten Informationsbericht (FIR Nr. 226/24), der bei der Gujranwala Cantt Police Station registriert wurde.

Die Bewaffneten flohen vom Tatort, während sie den Christen Drohungen entgegenschleuderten, und wurden bisher nicht verhaftet.

"Wir brachten Sunil in ein örtliches Krankenhaus, aber er erlag seinen Schussverletzungen, bevor die Ärzte mit der Behandlung beginnen konnten", sagte GillPfarrer Numan Matto von der Gondalanwala Presbyterian Church in Gujranwala sagte, der Mord sei religiös motiviert.

"Im Mai 2023 stürten einige muslimische Jugendliche eine Hochzeitszeremonie von Christen und griffen auch eine Kirche an", so Matto gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. "Die Polizei und die Bezirksverwaltung ergriffen jedoch trotz mehrerer Proteste der christlichen Gemeinde keine Maßnahmen gegen die einflussreichen Beschuldigten." Zwischen 400 und 450 Christen hätten jahrzehntelang friedlich in der Gegend gelebt, aber in letzter Zeit sei die Umgebung gegenüber religiösen Minderheiten feindselig geworden. "Wenn die Polizei gegen die Beschuldigten, die an dem Angriff auf die Kirche im letzten Jahr beteiligt waren, hart vorgegangen wäre, wäre unser Kind nicht durch die Hand dieser Kriminellen gestorben."

Aus Angst vor weiteren Angriffen forderte er die Verantwortlichen bei der Polizei und der Bezirksverwaltung auf, den Schutz der Christen in der Region zu gewährleisten.

"Die Mörder von Sunil sind auf freiem Fuß, und die Dreistigkeit ihres Angriffs zeigt, dass sie nicht zögern werden, erneut zuzuschlagen", sagte er. "Die Polizei wird für jeden weiteren Verlust von Christenleben verantwortlich sein, wenn sie keine angemessenen Sicherheitsmaßnahmen ergreift".

Die Tötung von Sunil war der zweite tödliche Angriff in der Provinz Punjab innerhalb von drei Monaten. Am 9. November wurde der 20-jährige christliche Medizintechnikstudent Farhan Ul Qamar in seinem Haus im Dorf Talwandi Inayat Khan, Pasrur tehsil des Bezirks Sialkot in der Provinz Punjab, im Beisein von Familienmitgliedern von einem Muslim erschossen.

Der Vater des getöteten Christen, Noor Ul Qamar, sagte, der Mörder, Muhammad Zubair, habe Hass auf Christen und Juden gezeigt und die Familie fälschlicherweise als Juden bezeichnet, während er sie beschimpfte.

Zubair hielt die Familie fast 40 Minuten lang mit vorgehaltener Waffe als Geisel fest und weigerte sich, sie in die Nähe ihres tödlich verletzten Sohnes zu lassen, so Ul Qamar.

"Mein Sohn kämpfte um sein Leben und blutete stark aus den Schusswunden, aber sein Mörder, Muhammad Zubair, erlaubte uns nicht, ihm etwas Wasser zu geben, geschweige denn ihn zu trösten", sagte Ul Qamar zu der Zeit. "Er beschimpfte uns wiederholt als 'Juden', während er fluchte und mit der Waffe auf uns zielte. Wir sahen alle hilflos zu und flehten ihn an, zu gehen, aber er wollte nicht gehen."

Farhan Ul Qamar war das jüngste von vier Kindern. Zubair wurde Stunden später in seinem Haus, in dem er schlief, verhaftet.

<https://morningstarnews.org/2024/02/muslim-gunmen-kill-14-year-old-christian-boy-in-pakistan/>

# Pakistan: Zwei Christinnen angegriffen. Polizei wiegelt ab.

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/08.02.24 - Abdul Rauf, ein muslimischer Landbesitzer im Bezirk Sargodha in der Provinz Punjab, griff am 27. Januar Rukhsana Bibi aus dem Dorf Chak 11, Janoobi Colony, und ihre Schwägerin Asifa Bibi an, als die Frauen auf sein Feld gingen, um sich zu erleichtern, sagte Rukhsanas Ehemann Nasir Masih.

Als Rukhsana Bibi sich gegen Raufs Versuch wehrte, sie zu vergewaltigen, schlug er sie wiederholt mit dem Stiel seiner Axt, so Masih.

"Als meine Schwester Asifa Rukhsanas Hilfeschreie hörte, eilte sie auf das Feld und versuchte, Abdul Rauf aufzuhalten, aber er griff auch sie an", so Masih gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Obwohl die Frauen verletzt wurden, zwangen ihre Versuche, sich zu verteidigen, Rauf zur Flucht, so Masih. Rukhsana Bibi, 36, ist Mutter von vier kleinen Kindern, und die 34-jährige Asifa Bibi hat drei Kinder.

Die Polizei von Silanwali zögerte, eine erste Anzeige gegen den Verdächtigen zu erstatten, so Masih. Nachdem ein lokaler christlicher Politiker interveniert hatte, nahmen die Beamten am Dienstag (30. Januar) eine Anzeige („FIR“ – First Information Report) auf, allerdings unter den geringeren Anschuldigungen, für die eine Kaution gewährt wurde.

Tahir Naveed Chaudhry, lokaler christlicher Politiker und Anwalt, sagte, in der Anzeige stehe eindeutig, dass der Verdächtige mit einer Axt bewaffnet war und einen Vergewaltigungsversuch unternahm. "Diese kriminelle Handlung hätte sich auf die Paragraphen 377 (Versuch der Vergewaltigung) und 511 des pakistanischen Strafgesetzbuches berufen müssen, die Kaution ausschließen", sagte Chaudhry gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. "Der Angeklagte hat auch die rechtsmedizinischen Berichte beeinflusst, die die Verletzungen der beiden Frauen herunterspielten, obwohl die Schnitte im Gesicht von Rukhsana und an der Hand von Asifa genäht werden mussten."

Nach einem Treffen zwischen dem Polizeipräsidenten von Sargodha, Farhan Aslam, und Chaudhry und einem Team der in Lahore ansässigen Menschenrechtsgruppe Christians True Spirit (CTS) wies Aslam am Mittwoch (31. Januar) die Polizei in Silanwali an, die schwerwiegenden Anklagepunkte der versuchten Vergewaltigung und der Körperverletzung in den Bericht aufzunehmen, so Chaudhry.

CTS-Direktorin Katherine Sapna sagte, sie habe den Polizeipräsidenten aufgefordert, die Beamten anzuweisen, Rauf zu verhaften.

"Bisher ist es ihm gelungen, sich der Verhaftung zu entziehen, aber wir hoffen, dass die örtliche Polizei nach der Intervention des Polizeipräsidenten nun aufhört, den Angeklagten zu unterstützen und der christlichen Familie Gerechtigkeit und Schutz gewährt", sagte Sapna gegenüber Christian Daily International-Morning Star News.

Sie sagte, dass CTS auch beschlossen habe, in vier christlichen Häusern im Dorf Toiletten zu bauen, um das Risiko weiterer solcher Angriffe zu verringern.

"In jedem der 10 Häuser der Christen im Dorf leben zwei oder drei christliche Familien, aber kein einziges Haus hat eine Latrine", sagte Sapna. "Angesichts des Problems, mit dem diese Menschen konfrontiert sind, insbesondere angesichts dieses Vergewaltigungsversuchs, haben wir beschlossen, sofort in mindestens vier Häusern Latrinen zu bauen, damit die christlichen Frauen und Mädchen nicht nach draußen auf die Felder gehen müssen."

Christen und Angehörige anderer religiöser Minderheiten werden in dem zu 96 Prozent muslimischen Land seit langem ungestraft angegriffen.

<https://morningstarnews.org/2024/02/two-christian-women-assaulted-in-pakistan/>

# Palästinensergebiete: Verdacht auf Beteiligung am Hamas-Massaker – UNRWA entlässt Mitarbeiter

Berlin (IDEA) – UNRWA, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für sogenannte Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, hat zwölf Mitarbeiter entlassen. Sie stehen im Verdacht, am 7. Oktober 2023 an dem Massaker der Hamas in Israel beteiligt gewesen zu sein.

Nach den USA und anderen Ländern hat auch Deutschland entschieden, „bis zum Ende der Aufklärung“ keine neuen Gelder zu bewilligen. Eigenen Angaben zufolge unterstützte die Bundesregierung die UNRWA 2023 mit mehr als 200 Millionen Euro.

UNRWA-Generalkommissar Philippe Lazzarini nannte die Reaktionen der Geldgeber Medienberichten zufolge „schockierend“. Es sei „äußerst unverantwortlich“, eine komplette Organisation wegen Vorwürfen gegen einzelne Mitarbeiter zu bestrafen.

Die UNRWA-Gelände und -Schulen stehen seit Jahren in der Kritik. Immer wieder gab es zuletzt Berichte, dass palästinensische Lehrer an UNRWA-Schulen antisemitische Inhalte verbreiten. Sie sollen auch über den Terrorangriff vom 7. Oktober gejubelt haben. Laut der NGO UN Watch haben UNRWA-Lehrer die Täter des Massakers „regelrecht glorifiziert“. Viele der Täter seien früher zudem auf [UNRWA-Schulen](#) gegangen.

Die UN-Generalversammlung rief die UNRWA 1949 ins Leben, um palästinensische Flüchtlinge zu unterstützen, die infolge des Arabisch-Israellischen Krieges von 1948 aus ihrer Heimat vertrieben worden sind. Der Flüchtlingsstatus der Palästinenser wird von Generation zu Generation weitergegeben.

Heute ist die UNRWA mit über 30.000 Mitarbeitern eines der größten UN-Hilfswerke. Ihr Einsatzgebiet ist in Jordanien, Libanon, Syrien, im Westjordanland, in Ostjerusalem und im Gazastreifen.

**Bereits im Oktober 2023 hat IDEA ein Interview mit der israelischen Politologin und ehemaligen Knesset-Abgeordnete Einat Wilf (Jerusalem) geführt in dem Wilf damals die Auflösung der UNRWA gefordert und es als „beschämend“ bezeichnet hatte, dass Deutschland zum zweitgrößten Geldgeber des Hilfswerks geworden ist.**

hier das Interview:

## Die UNRWA: Hilfswerk oder Hamas-Unterstützerin?

19.10.2023

**Die UNRWA ist das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten. Es steht häufig in der Kritik, die Zahl der Palästina-Flüchtlinge künstlich zu erhöhen und in Schulbüchern den Hass auf Juden zu befeuern. IDEA hat die israelische Politologin und ehemalige sozialdemokratische Knesset-Abgeordnete Einat Wilf (Jerusalem) gebeten, Fragen schriftlich zu beantworten – es handelt sich um eine leicht gekürzte Fassung.**

Die israelische Politologin und ehemalige sozialdemokratische Knesset-Abgeordnete Einat Wilf. Foto: wilf.org

*IDEA: Nach den Statuten des UNRWA ist der palästinensische Flüchtlingsstatus vererbbar. Warum halten Sie das für falsch?*

**Wilf:** Die UNRWA bläst die Zahl der Palästinenser auf, die behaupten, Flüchtlinge zu sein und als solche registriert sind. Sie wendet mehrere einzigartige Praktiken an, die bei keiner anderen Flüchtlingsbevölkerung der Welt angewandt werden:

1. Die Nachkommen der ursprünglichen Flüchtlinge, die durch den Krieg von 1948 vertrieben wurden, werden automatisch und uneingeschränkt gezählt – mittlerweile in der fünften Generation.
2. „Flüchtlinge“ werden nie aus der Zählung gestrichen, selbst wenn sie die Staatsbürgerschaft eines anderen Landes erworben haben.
3. Palästinenser, die weiterhin im Westjordanland und im Gazastreifen – also in „Palästina“ – leben, werden als Flüchtlinge „aus“ Palästina gezählt.

Auch wenn man diese inflationären Praktiken ausklammert, ist fast keiner der Palästinenser, die behaupten, „Flüchtlinge“ zu sein, tatsächlich Flüchtling nach internationalen Standards. Bei der UNRWA sind aber 5,7 Mio. registriert. Die überwiegende Mehrheit von ihnen lebt im Westjordanland und im Gazastreifen und ist somit eindeutig kein Flüchtling „aus“ Palästina, sondern lebt immer noch dort.

Da fast alle von ihnen inzwischen in der zweiten bis fünften Generation dort leben, sind sie auch nie durch einen Krieg vertrieben worden. Das betrifft rund 2,2 Mio. Menschen. Viele andere sind Bürger von Ländern wie Jordanien oder leben in verschiedensten Ländern der Welt.

Am Ende bleiben etwa 250.000 Palästinenser in Syrien und im Libanon übrig, die staatenlos sind – obwohl sie dort geboren wurden und nie durch einen Krieg vertrieben wurden. Diese Länder weigern sich, ihnen die Staatsbürgerschaft zu geben. Sie sind zwar keine Flüchtlinge mehr, aber sie sind offiziell staatenlos.

Von ihnen sind vielleicht 30.000 tatsächlich Flüchtlinge nach internationalen Standards, da sie durch den Krieg vertrieben wurden, die Grenze überquert haben und von keinem anderen Land die Staatsbürgerschaft erhalten haben. Sie – und nur sie – sollten als Flüchtlinge anerkannt werden.

**„Die UNRWA sollte aufgelöst werden. Sie ist eine politische Organisation, die den palästinensischen Traum vom Untergang Israels vertritt.“**

*IDEA: „Registrierte Flüchtlinge“, die vom UNRWA betreut werden, haben derzeit ein „Rückkehrrecht“. Wie sollte dies Ihrer Meinung nach geändert werden?*

**Wilf:** Trotz palästinensischer Behauptungen gibt es im Völkerrecht kein solches „Recht“. Selbst die Resolutionen der UN-Generalversammlung gewähren kein solches „Recht“. Das muss deutlich gemacht werden. Die „Rückkehr“ ist nach wie vor das wichtigste Mittel, mit dem die Palästinenser glauben, dass sie Israel und die Existenz eines jüdischen Staates zunichte machen können.

Aus diesem Grund werden die Zahlen der „Flüchtlinge“ aufgebläht. Es geht nicht darum, reale Probleme für reale Menschen zu lösen, sondern sicherzustellen, dass die Palästinenser die Juden in Israel durch die „Rückkehr“ zahlenmäßig überwältigen.

*IDEA: Wie sollte UNRWA in Zukunft arbeiten?*

**Wilf:** Die UNRWA sollte aufgelöst werden. Sie ist eine politische Organisation, die den palästinensischen Traum vom Untergang Israels vertritt. Bildungs- und Gesundheitsdienste könnten von den Palästinensern selbst erbracht werden – ohne den Schutz der UN und sicherlich ohne die Aufrechterhaltung des „Flüchtlingsstatus“.

*IDEA: Ist die UNRWA politisch aktiv?*

**Wilf:** Die UNRWA-Gelände und -Schulen sind die Brutkästen, in denen das palästinensische nationale Ethos von „Rache und Rückkehr“ geschaffen und geformt wurde. Das Massaker bei den Olympischen Spielen 1972 in München wurde von UNRWA-Absolventen geplant und verübt. Unter den Planern und Attentätern vom 7. Oktober sind ebenfalls UNRWA-Absolventen – etwa Muhammad Deif.

*IDEA: Deutschland ist aktuell der zweitgrößte UNRWA-Geldgeber.*

**Wilf:** Es ist beschämend, dass Deutschland zu einem der größten Geldgeber des UNRWA geworden ist. Aus all den oben genannten Gründen sollte es dies sofort einstellen.

## Über UNRWA

*Die „United Nations Relief and Works Agency“, kurz UNRWA, ist das Hilfswerk der UN für sogenannte Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten. 1949 rief die UN-Generalversammlung die UNRWA ins Leben, um palästinensische Flüchtlinge zu unterstützen, die infolge des Arabisch-Israelischen Krieges von 1948 aus ihrer Heimat vertrieben worden sind.*

*Der Flüchtlingsstatus der Palästinenser wird von Generation zu Generation weitergegeben. Heute ist die UNRWA mit über 30.000 Mitarbeitern eines der größten UN-Hilfswerke. Ihr Einsatzgebiet ist in Jordanien, Libanon, Syrien, im Westjordanland, in Ostjerusalem und im Gazastreifen.*

# Russland: Strafverfahren geben Erzbischof einer unabhängigen orthodoxen Kirche wegen wiederholter „Diskreditierung“ der Streitkräfte

AKREF-A/03.02.24 - Russische Behörden haben einmal mehr strafrechtliche Ermittlungen gegen einen russischen Priester eingeleitet, der sich aus religiösen Gründen gegen den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgesprochen hat. Viktor Pivovarov, Erzbischof einer nicht dem Moskauer Patriarchat unterstehenden unabhängigen orthodoxen Kirche, erfuhr Ende Dezember 2023, dass gegen ihn nach Artikel 280.3, Teil 1 des Strafgesetzbuchs wegen wiederholter Diskreditierung der russischen Streitkräfte ermittelt wird. Im Falle eines Schuldspruchs könnte er zu bis zu fünf Jahren Haft oder einer Geldstrafe in Höhe von mehr als einer jährlichen Durchschnittspension verurteilt werden.

Erzbischof Viktor, der im kommenden Monat (Februar 2024) 87 Jahre alt wird, hat die russische Invasion der Ukraine und die Kriegführung in seinen Predigten und Artikeln wiederholt als „aggressiv“, „satanisch“ und „von Gott und Menschen verflucht“ verurteilt, ebenso in einem YouTube Video des unabhängigen Nachrichtendienstes Novaya Gazeta Europe. Seine erste Verurteilung nach dem Verwaltungsstrafrecht erfolgte im März 2023 wegen einer Stellungnahme gegen den Krieg in einer Predigt. Derzeit ermitteln die Behörden wieder wegen „Diskreditierung“ der Streitkräfte gegen ihn, diesmal im Zusammenhang mit einem Blog Beitrag mit dem Titel „Eine Antwort auf die Frage, die heute alle betrifft: „Was ist dieser Krieg?“

Bewaffnete Kräfte (anscheinend Mitglieder der Nationalgarde) nahmen Anfang Oktober eine Razzia in der Kirche von Erzbischof Viktor in Slavyansk-na-Kubani in der Region Krasnodar vor. Sie schlugen und misshandelten seinen Assistenten, den Priester und Mönch Iona Sigida, der danach wegen angeblichem „Ungehorsams gegen einen Polizeibeamten“ kurz in Haft genommen wurde. Während der Durchsuchung griffen die Bewaffneten Erzbischof Viktor zwar nicht an, doch sie teilten ihm mit, dass ein Strafverfahren wegen seiner Äußerungen und Artikel gegen den Krieg gegen ihn eingeleitet würde. Iona Sigida wurde Ende November wegen eines Artikels, den er auf der Website der Kirche veröffentlicht hatte, nach Artikel 20.3.3 des Verwaltungsgesetzbuchs („Öffentliche Aktionen mit dem Ziel, den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation zu deskreditieren“) zu einer Geldstrafe in Höhe von 3 ortsüblichen wöchentlichen Durchschnittsgehältern verurteilt. „Vater Iona ist untergetaucht“ berichtete ein Mitglied der Kirche am 4. Januar gegenüber Forum 18. Er werde unter dem Vorwand gesucht, ein „Gespräch“ mit ihm zu führen. Bei Gesprächen dieser Art handelt es sich um Befragungen bzw. Verhöre, die nach telefonischer Vorladung oder unangemeldet am Wohnsitz der Befragten stattfinden.

Derzeit ist unbekannt, welche Ermittlungsbehörde für das Strafverfahren gegen Erzbischof Viktor Pivovarov verantwortlich ist, da die Beamten, die ihn verhörten, sich weigerten ihre Identität bekanntzugeben. Dies berichtete ein Mitglied der Kirche gegenüber Forum18. Es ist auch unbekannt, wann der Akt an die Staatsanwaltschaft übermittelt wird und ob es schon einen Gerichtstermin gibt.

Derzeit ist Erzbischof Viktor zuhause und unterliegt Reisebeschränkungen. Der Erzbischof ist guter Dinge, doch die Pfarrgemeinde ist stark eingeschüchtert und viele Mitglieder besuchen aus Furcht keine Gottesdienste. Es besteht auch Besorgnis, dass die Kirche überwacht wird, dass plötzlich jemand bei den Gottesdiensten auftaucht und die Anwesenden filmt. Man befürchtet auch ein Verfahren gegen eine Gruppe von Gläubigen der Pfarre, um die Kirche schließen zu können.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 19. Januar 2024).

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA



# Sudan: Bedrohtes Ehepaar in Sicherheit

IIRF-D/ADF/Tübingen/03.02.24 - Die christliche Menschenrechtsorganisation ADF, die sich auf die Vertretung von unschuldig bedrohten und angeklagten Christen vor Gericht spezialisiert, schreibt:

Das junge Ehepaar Nada und Hamouda sowie ihre drei Kinder waren in großer Gefahr, weil sich die Eltern beide zum Christentum bekehrt hatten ([wir berichteten](#)).

**Heute freuen wir uns Ihnen mitzuteilen, dass Nada und Hamouda frei sind!**

Das christliche Ehepaar aus dem Sudan lebt nun in Sicherheit in den USA und kann mit seinen drei Kindern frei als Christen leben.

Als das Ehepaar heiratete, waren Nada und ihr Mann Hamouda Muslime. Daraufhin bedrohte Nadas Familie das Paar und übte Druck aus, damit ein Scharia-Gericht ihre Ehe auflöste.

Zu dieser Zeit galt Apostasie im Sudan als Verbrechen, auf das die Todesstrafe stand. Dies erhöhte den Druck auf das Paar, sich zu trennen. Ein Scharia-Gericht erklärte die Ehe für ungültig und Nada und die beiden Kinder des Paares zogen zu ihrer Familie.

Drei Jahr später bekehrte sich auch Nada und das Ehepaar zog wieder zusammen. Dieses Zusammenleben wurde von den sudanesischen Gerichten als Ehebruch ausgelegt, weil die Ehe offiziell aufgelöst worden war.

Nada und Hamouda mussten sich einer strafrechtlichen Verfolgung stellen. Im Falle einer Verurteilung drohten ihnen 100 Peitschenhiebe, Gewalt durch ihre eigene Familie und Hamouda sogar eine einjährige Verbannung.

Sollten sie freigesprochen werden, sah die Lage kaum besser aus: Hamoudas Bruder hatte öffentlich geschworen, seinen Bruder bei einem Freispruch eigenhändig umzubringen.

Uns war sehr schnell klar: Nada und Hamouda müssen mit ihren Kindern aus dem Sudan in Sicherheit gebracht werden.

Wir haben ihre Verteidigung vor Gericht unterstützt und rund um die Uhr mit lokalen Partneranwälten für ihren Freispruch zusammengearbeitet.

Unsere Mission: dem Ehepaar Gerechtigkeit zukommen lassen. Denn was die Behörden im Sudan machen, ist eine klare Verletzung des internationalen Menschenrechts.

[Nada und Hamouda sprechen über die Verfolgung.](#)

**Nada und Hamouda sind kein Einzelfall**

Weltweit bleibt vielen Menschen die Religionsfreiheit verwehrt. In manchen autoritären Staaten ist die Bekehrung zu einer anderen Religion gänzlich verboten – oder wird sogar mit dem Tod bestraft.

Im Sudan, dem Heimatland von Nada und Hamouda, können die Folgen einer Bekehrung tödlich sein. Wer hier an Jesus glaubt, riskiert sein Leben.

Jeder soll seinen Glauben frei und friedlich ausleben können.

Seit Jahrzehnten gibt es zahlreiche Bemühungen, die Verfolgungen bekannt zu machen und humanitäre Hilfe zu leisten. Doch lang existierte keine koordinierte Rechtshilfe, um wegen ihres Glaubens verfolgte Menschen zu helfen.

Wir wollen diese Lücke füllen und haben daher unser weltweites Netzwerk an Anwälten ins Leben gerufen. Das Besondere dabei ist: lokale Anwälte verteidigen die Menschen vor Ort, während weitere Anwälte internationale Institutionen für die massiven, religiösen Verfolgungen sensibilisieren.

Dank unseres Netzwerks konnten Nada und Hamouda mit ihren Kindern in Sicherheit gebracht werden. Nun können sie ihren Glauben friedlich ausleben, ohne Angst vor Verfolgung oder Vergeltungstaten.

[Hier können Sie die Geschichte nachlesen](#)

# Türkei: Pläne, eine weitere ikonische byzantinische Stätte in eine Moschee umzuwandeln

IIRF-D/ekathimeri/Tübingen/08.02.24 - Mit einem Beitrag von [Manolis Kostidis](#) berichtet [ekathimeri.com](#) von erneuten Plänen der türkischen Regierung, eine byzantinische Kirche als eine Moschee zu verwenden:

Die Behörden in der Türkei treiben die Umwandlung eines weiteren wichtigen byzantinischen Denkmals, der Chora-Kirche, in eine Moschee voran und planen, sie am 23. Februar für muslimische Gläubige zum Freitagsgebet zu öffnen, berichtete die Zeitung Yeni Safak.

Der Plan, die Kirche, die seit fast 80 Jahren als Museum betrieben wurde, umzubauen, stammt aus dem Jahr 2020, als der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan ein Dekret erließ, das auch die Umwandlung der ikonischen Hagia Sophia in eine Moschee vorsah.

Während die Hagia Sophia im Juli desselben Jahres als Moschee eingeweiht wurde, wurde das Projekt der Chora-Kirche auf Eis gelegt, um Restaurierungsarbeiten durchführen zu können.

Der Umbau der Hagia Sophia, die zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört und ein starkes Symbol für die orthodoxen Christen der Welt ist, löste einen internationalen Aufschrei aus und belastete die angespannten Beziehungen zwischen Athen und Ankara zusätzlich.

Die Chora-Kirche oder „Kirche des Heiligen Erlösers“ ist ein weiteres emblematisches Denkmal, das zu den Meisterwerken des UNESCO-Weltkulturerbes gehört.

Es wurde ursprünglich im frühen 4. Jahrhundert als Teil einer Klosteranlage außerhalb der konstantinischen Landmauer erbaut. Die Kirche wurde im 11. Jahrhundert in Form eines beschrifteten Kreuzes wieder aufgebaut. Im 12. Jahrhundert ist sie teilweise einstürzte, möglicherweise durch ein Erdbeben. Die heutige Struktur stammt größtenteils aus dem 14. Jahrhundert.

"Seine Mosaik und Fresken, die von dem byzantinischen Humanisten und Dichter Theodore Metochites (14. Jahrhundert) in Auftrag gegeben wurden, bilden eines der vollständigsten Ensembles spätbyzantinischer Kunst, die in Istanbul erhalten geblieben sind", so die UNESCO.

Die Chora-Kirche war die erste, die geplündert wurde, als die Osmanen die Stadt im Jahr 1453 eroberten, und wurde Anfang des 16. Jahrhunderts unter Sultan Bayezid II. in eine Moschee umgewandelt, als sie in Kariye Camii umbenannt und dem Gebäude ein Minarett hinzugefügt wurde.

Das Gebäude wurde 1945 von der türkischen Regierung zum Museum erklärt.

Quelle: <https://www.ekathimerini.com/news/1230965/turkey-revives-plan-to-convert-another-iconic-byzantine-site-into-a-mosque/>

# Türkei: Verdächtige nach Anschlag auf eine Kirche festgenommen

In einem Beitrag von ERDEM SAHINm Istanbul, berichtet IDEA: Nach einem Anschlag auf eine katholische Kirche am 28. Januar in Istanbul ([wir berichteten](#)) hat die Polizei zwei Tatverdächtige verhaftet. Wie der türkische Innenminister Ali Yerlikaya bei einer Pressekonferenz in der Nacht zum 29. Januar mitteilte, handelt es sich bei den Festgenommenen um Mitglieder der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS).

Einer von ihnen stamme aus Tadschikistan, der andere aus Russland. Der IS hatte sich zuvor auf Telegram zu der Tat bekannt. Die Angreifer hätten dem Aufruf der IS-Führung Folge geleistet, überall Christen und Juden zu töten.

Medienberichten zufolge waren zwei maskierte Personen während der Messe in die Kirche Santa Maria im Istanbuler Stadtteil Sariyer eingedrungen. Sie töteten den 52-jährigen Türken Tuncer Murat Cihan, mit einem gezielten Kopfschuss.

Wie der Stadtteil-Bürgermeister Sükrü Genc gegenüber den Medien erklärte, hat die Waffe danach nicht mehr funktioniert, sodass die Angreifer daraufhin flohen. Während der Messe sollen zwischen 35 und 40 Personen anwesend gewesen sein.

## *Rettete Cihan das Leben der Gottesdienstbesucher?*

Der „Apostolische Vikar“ von Istanbul, Massimiliano Palinuro (49), berichtete gegenüber „Bild“, dass Cihan seit rund zwei Monaten regelmäßig zum Gottesdienst gekommen, aber kein Christ gewesen sei. Seinen Angaben zufolge hat Cihan das Gotteshaus unmittelbar nach den Tätern betreten und gerufen: „Was macht ihr hier?“

Palinuro weiter: „Das muss die Täter völlig aus dem Konzept gebracht haben. Murat hat sie mit ihrem Plan offenbar gestört und damit wohl ein Massaker verhindert.“ 99 Prozent der rund 86 Millionen Einwohner der Türkei sind Muslime. Die Zahl der Christen liegt laut dem Hilfswerk Open Doors bei rund 170.000.

# Weltweit: Globale Trends im Christentum

International Christian Concern - Das Zentrum für das Studium des globalen Christentums hat kürzlich berichtet, dass Asien eine der am schnellsten wachsenden christlichen Bevölkerungen hat, mit mehr als 415 Millionen Christen, die jetzt in Asien leben.

Das Christentum in Asien ist seit 2020 mit einer Rate von 2,11 Prozent gewachsen. Dies ist sehr ermutigend, trotz der zunehmenden Nöte und Verfolgung, denen Christen in Asien ausgesetzt sind.

Weitere wichtige Trends sind:

734 Millionen Christen leben in Afrika, mit einer Wachstumsrate von über 2,6 %.

Weltweit ist der Atheismus leicht rückläufig. Im Jahr 2020 gab es 147 Millionen bekennende Atheisten. Diese Zahl ging bis 2024 auf 146 Millionen zurück.

Die evangelikalen und pfingstlichen Konfessionen sind die am schnellsten wachsenden Gruppen im Christentum. Man geht davon aus, dass es bis 2050 weltweit über 1 Milliarde Pfingstler geben wird.

Im Jahr 2020 wurden 420.000 Missionare in verschiedene Länder entsandt. Es wird erwartet, dass diese Zahl im Jahr 2024 auf 445.000 ansteigen wird.

Man schätzt, dass im Jahr 2024 etwa 28 % der Weltbevölkerung keinen Zugang zum Evangelium haben werden. Dies ist ein deutlicher Rückgang gegenüber 54 % der Weltbevölkerung, die im Jahr 1900 keinen Zugang zum Evangelium hatten.

Es wird geschätzt, dass amerikanische Christen im Jahr 2024 1,3 Billionen USD für christliche Zwecke spenden werden.

Quelle: International Christian Concern; [www.persecution.org](http://www.persecution.org)

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

**Disclaimer:** Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:  
Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

## Links

[www.csi-de.de](http://www.csi-de.de)

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebete-fuer-verfolgte/>

[www.h-m-k.org](http://www.h-m-k.org)

[www.hilfsbund.de](http://www.hilfsbund.de)

[www.hoffnungszeichen.de](http://www.hoffnungszeichen.de)

[www.idea.de/nachrichten.html](http://www.idea.de/nachrichten.html)

[www.islaminstitut.de](http://www.islaminstitut.de)

[www.kirche-in-not.de](http://www.kirche-in-not.de)

[www.opendoors.de](http://www.opendoors.de)

[www.pro-medienmagazin.de](http://www.pro-medienmagazin.de)

[www.stanet.ch/APD](http://www.stanet.ch/APD)

[www.zenit.org](http://www.zenit.org)

### Menschenrechtsorganisationen:

[www.amnesty.de](http://www.amnesty.de)

[www.igfm.de](http://www.igfm.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

### Wichtige englischsprachige Internetseiten:

[www.advocatesinternational.org](http://www.advocatesinternational.org) [Anwälte im Auftrag der Allianz]

[www.barnabasfund.org](http://www.barnabasfund.org)

[www.csi-int.ch](http://www.csi-int.ch)

[www.forum18.org](http://www.forum18.org) [Forum 18 News Service]

[www.idop.org](http://www.idop.org) [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

[www.iirf.eu](http://www.iirf.eu) [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

[www.meconcern.org](http://www.meconcern.org) [Middle East Concern]

[www.persecutedchurch.org](http://www.persecutedchurch.org)

[www.persecution.net](http://www.persecution.net) [Voice of the Martyrs/HMK]